

KOMMENTAR

Viele Aufgaben liegen vor uns

Mandy Koch,

Landesvorsitzende der GdP Thüringen



Nachdem Doreen Cyriax euch bereits in der letzten Ausgabe der DP ein gesundes neues Jahr gewünscht hat, möchte ich die Gelegenheit nutzen, euch und euren Familien alles Gute für 2023 zu wünschen.

2023 wird ein Jahr der Veränderung und Weiterentwicklung unserer GdP Thüringen. Die Basis hierfür wurde bereits Ende letzten Jahres mit den zwei Neueinstellungen für unsere Geschäftsstelle gelegt. Aus meiner Sicht sind wir mit dem Team der Geschäftsstelle sehr gut für die kommenden Jahre mit all ihren Aufgaben und Herausforderungen aufgestellt. Unser Ziel ist es, noch stärker als Servicestelle für unsere Kreisgruppen und Mitglieder wahr- und in Anspruch genommen zu werden. Als genau eine solche sehen wir uns als Geschäftsstelle und stehen euch bei Fragen, Problemen oder Vorschlägen zur Verfügung.

Da wir nun solide aufgestellt sind, möchten und können wir strukturelle Dinge, aber

auch Veränderungen in unserem Portfolio vornehmen. Dazu gehört u. a., dass wir ein eigenes Seminar- und Fortbildungsangebot erarbeiten und anbieten wollen. Auch hier sind wir gegenüber euren Vorschlägen und Wünschen offen. Zunächst haben wir folgende Themen ins Auge gefasst:

- Schulung für Vertrauensleute
- Schulung „MGL-Online Light“ für unsere Kreisgruppen
- Grundlagenseminar Tarifrecht
- Workshop der Frauengruppe zur Thematik Kommunikation, Rollenverständnis und Vernetzung
- Seminar für unsere zukünftigen Senioren „Vorbereitung auf den Ruhestand“

Außerdem planen wir gemeinsam mit unserer Jungen Gruppe ein mehrtägiges Seminar zur Thematik „Jugendkulturen/Subkulturen“. Nähere Details, wie Zeitraum, Veranstaltungsort und Anmeldemodalitäten, werden wir zeitnah bekannt geben. Ziel ist es, ein ergänzendes Fortbildungsangebot zu dem bereits vorhandenen Katalog der Thüringer Bildungseinrichtungen zu etablieren. Des Weiteren werden wir eine Aufnahme in die „Liste der anerkannten Bildungsveranstaltungen“ beim Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport beantragen, um somit allen Teilnehmern die Beantragung von Bildungsfreistellung zu ermöglichen. Auch hierzu werden wir uns zu gegebener Zeit detailliert äußern.

Kommen wir nun zu einer der zentralsten und herausforderndsten Aufgaben, nämlich den anstehenden Tarifverhandlungen für die Länder im Herbst dieses Jahres. Ziel muss es aus unserer Sicht zwingend sein, eine signifikante Erhöhung der Entgelte nicht nur einzufordern, sondern auch abschließend zu erreichen. Gerade vor dem Hintergrund der für uns alle spürbar gestiegenen Lebenshaltungskosten müssen wir hier der Politik und den zuständigen Entscheidungsträgern deutlich machen, dass es

mit uns keine halb garen Abschlüsse geben wird. Denn dies sind wir nicht nur unseren Mitgliedern, sondern allen Tarifbeschäftigten der Länder schuldig. Mit diesem Wissen werden die Vertreter unserer Bundestarifkommission entschlossen und konstruktiv in die Verhandlungen gehen und dort die Argumente und Forderungen der GdP einbringen und verteidigen.

Selbstverständlich werden wir als Thüringer GdP – trotz aller politischen Entscheidungen auf Bundesebene – nicht nachlassen, unsere zentralen Anliegen wie

- Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage,
- zeitgeregelte Beförderung in das zweite Beförderungsamte einer jeden Laufbahngruppe,
- Anpassungen im Bereich der Besoldung und Zulagen sowie
- Herabsetzung des Pensionsalters für schichtdienstleistende Beamte

im regelmäßigen Diskurs mit der Thüringer Politik einzufordern.

Als letzten Punkt möchten wir aber auch bauliche Veränderungen auf dem Gelände unseres Landesbezirkes in der Auenstraße in Erfurt ankündigen. Hintergrund hierfür ist, dass wir das Gelände nicht nur als Bürogebäude, Abstellfläche für unsere Fahrzeuge und Lager nutzen wollen, sondern dem Gedanken einer Begegnungsstätte für unsere Mitglieder noch mehr Rechnung tragen möchten. Hierfür werden wir die Räume der Geschäftsstelle teilrenovieren, unter anderem werden die Wände im Innenbereich einen neuen Anstrich erhalten und in einigen Bereichen wird der Fußboden erneuert.

Außerdem werden wir eine Freifläche mit diversen Sitzmöglichkeiten, einer Feuerstelle und Grillbereich errichten. Diese Freifläche stellt – natürlich witterungsabhängig – den zentralen Punkt unserer Aktivitäten auf dem Außengelände dar. Wir freuen uns, gemeinsam mit euch die anstehenden Aufgaben anzugehen und zu bewältigen. ■


INNENPOLITIK

CDU und GdP im Gespräch

Am 14. Dezember 2022 trafen sich Vertreter der GdP Thüringen mit Vertretern der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag. Am Rande des Plenums sprachen der Fraktionsvorsitzende Prof. Dr. Mario Voigt und die GdP-Vorsitzende Mandy Koch über Problemstellungen des Justiz- und Polizeibereiches. Aus den Reihen der CDU waren die Landtagsabgeordneten Raymond Walk als stellvertretender Fraktionsvorsitzender und innenpolitischer Sprecher, Jörg Kellner als Mitglied im Innen- und Kommunalausschuss, Stefan Schard als justizpolitischer Sprecher und Jonas Urbach als Mitglied im Innen- und Kommunalausschuss neben den Fraktionsmitgliedern zugegen. Aufseiten der GdP nahmen der stellvertretende Landesvorsitzende Wolfgang Gäbler und der Kreisgruppenvorsitzende Justiz, Christian Born, an dem Gespräch teil.

Die CDU-Vertreter berichteten zum damaligen Stand der Haushaltsverhandlungen 2023 und zeigte die Probleme auf, welche aus ihrer Sicht in der derzeitigen Regierung gesehen werden und die den Haushalt erheblich beeinflussen. Die GdP-Vertreter berichteten von Problemen im Justiz- und Polizeibereich. Vor allem wurde mehr Wertschätzung der Arbeit der Beschäftigten beider Bereiche eingefordert. In diesem Zusammenhang wurde auf die Beförderungssituation im Justizbereich hingewiesen. Es könne nicht sein, dass in der gegenwärtigen Situation mit hoher Inflation und stei-



Fototermin der Gesprächsteilnehmer

genden Preisen Beamte im Eingangsamts ihrer Laufbahngruppe in den Ruhestand gehen müssen. Aus diesem Grund wurde auf die Verfahrensweise im Polizeibereich verwiesen.

Landesvorsitzende Mandy Koch forderte die zeitgerechte Beförderung. So soll auch analog dem Entschließungsantrag von A 7 nach A 8 im Polizeibereich dieses auf den Justizbereich übertragen werden. Weiterhin sollen auch in der Polizei die Beförderungen zu A 9 im mittleren Dienst sowie im ersten und zweiten Beförderungsamts des gehobenen Dienstes mittels Umsetzungsantrag möglich gemacht werden. Nur so könne mittelfristig tatsächlich die Wertschätzung der

Beamtinnen und Beamten im Polizei- und Justizbereich tatsächlich verbessert werden. Neben den Beamten müssten auch die Rahmenbedingungen für die Tarifbeschäftigten in beiden Bereichen verbessert werden. Anders könne das notwendige Personal für diese sicherheitsrelevanten Bereiche nicht gewonnen und gehalten werden.

Es wurden weitere Themen besprochen. Eines war die Bodycam, welche nun derzeit in der Polizei nicht mehr eingesetzt werden kann. Hier gilt es, zukünftig weitere Vereinfachungen zu realisieren, damit der Einsatz auch praktisch handhabbar wird. Der IT-Haushalt war Thema, genauso wie die Anwärterzulage in allen Bereichen der Nachwuchsgewinnung.

Zudem wurde die fehlende Besetzung der Präsidentenstelle der Landespolizeidirektion angesprochen. Zum Thema Taser teilte die CDU-Fraktion mit, dass nach Prüfung der Sach- und Rechtslage in der aktuellen Legislatur keine Möglichkeit der Einführung im Justizbereich besteht. Auch das Thema Personalausgestaltung und Personalführung nahm einen nicht unerheblichen Teil des Gespräches ein. Zum Abschluss vereinbarte man, sich zu weiteren Gesprächen und einem intensiven Austausch zu den besprochenen Themenfeldern zu treffen. Die GdP will dabei ihre Fach- und Sachkenntnis einbringen und die Interessen der Beschäftigten vertreten. ■

DP – Deutsche Polizei
Thüringen

Geschäftsstelle
Auenstraße 38 a, 99089 Erfurt
Telefon: (0361) 59895-0
Telefax: (0361) 59895-11
gdp-thueringen@gdp.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion
Edgar Große (V.i.S.d.P.)
Telefon (01520) 8862464
edgar.grosse@gdp.de



INNENPOLITIK

Dialog mit Dorothea Marx

Am 6. Dezember 2022 traf sich die GdP-Landesvorsitzende Mandy Koch mit der Vizepräsidentin des Thüringer Landtages, Dorothea Marx, von der SPD-Fraktion. Sie ist zugleich auch die innenpolitische Sprecherin ihrer Fraktion. Der Termin war auf Initiative der GdP zustande gekommen.

Im Gespräch über den Haushalt 2023 tauschten beide Seiten ihre Beschlusslagen und Standpunkte aus. Dabei ging es besonders um die zwischen den Gesprächspartnern strittigen Fragen. Klar ist, dass in der Minderheitskoalition ein gemeinsamer Standpunkt aller nur schwer zu erreichen ist. Zudem müssen weitere Partner bestimmte Maßnahmen mittragen oder zumindest dulden, sonst kommt keine Mehrheit im Landtag zustande. Sollen Dinge nicht direkt in einem Gesetz verankert werden, trotzdem aber eine gewisse Verbindlichkeit bekommen, werden bestimmte Themen über einen Entschließungsantrag beispielsweise zu einem Gesetzentwurf in das parlamentarische Verfahren eingeführt. Einen solchen Entschließungsantrag diskutierten die Regierungsfractionen zum Zeitpunkt des Gesprächs auch für das Haushaltsgesetz 2023 und den Polizeibereich. Ziel der GdP waren Verbesserungen für die Thüringer Justiz und Polizei. Dorothea Marx berichtete darüber, dass der von der Landesregierung vorgelegte Haushalt noch überprüft werde und eine Einigung lange offen gewesen sei. Zum Gesprächstermin zeichnete sich eine Einigung zum Haushalt ab und es sollte auch einen Entschließungsantrag für die Thüringer Polizei geben. Dies sei auch auf das Wirken der GdP zurückzuführen.

Die GdP-Vertreter nutzten die Gelegenheit, um auf die besonders relevanten Themenstellungen in Polizei und Justiz hinzuweisen. Ein großes Thema dabei war die Nachwuchsgewinnung und die bisher vom Thüringer Finanzministerium nicht umgesetzte Anwärterzulage. Diese war bereits im Haushalt 2022 beschlossen worden. Die GdP stellte dabei die Auswirkungen dar, welche dadurch langfristig auf die Polizei

zukommen können. Zudem verwies Mandy Koch darauf, dass eine Anwärterzulage nur für den mittleren Dienst 2023 Ungleichbehandlungen mit Klageverfahren sowie großen Unmut einbringe. Für die Ausbildungsstätte sind zudem keine zusätzlichen Gelder in der Finanzplanung eingestellt, sodass Verbesserungen nicht zu erwarten seien. Hier müsse die SPD-Fraktion eigentlich aufseiten der Polizei stehen, um den Campus und die Ausbildung zu dem zu machen, was sie sein soll. Die Einrichtung eines sozialen Kompetenzzentrums könne unter diesen Umständen kaum oder nur unter schweren Nebenwirkungen erfolgen.

Als ein wichtiges Thema sprach die Gewerkschafterin die regelmäßigen Beförderungen an. So sollen diese, analog dem Entschließungsantrag von A 7 nach A 8, auch im Bereich der Beförderungen zu A 9 im mittleren Dienst und im Eingangsamt des gehobenen Dienstes mittels Entschließungsantrag ermöglicht werden. Dieses sei notwendig, da die Landesregierung und Innenminister Georg Maier die verbesserten Möglichkeiten des Haushaltes bisher nicht umgesetzt haben, obwohl genügend Gelder mittels Haushaltsstellen vorhanden seien. Diese Tatsache habe mit Wertschätzung des öffentlichen Dienstes nur wenig zu tun.

Neben den Themen Einstellung und Personalzahlen tauschten sich beide Seiten auch über die Zulagen aus. Hierbei wurde seitens der Innenpolitikerin Unterstützung zugesagt. Das Thema soll bei einem der nächsten Termine vertieft werden. Nicht zuletzt wurde die Lücke im IT-Haushalt von geschätzt sieben Millionen Euro angesprochen. Projekte wie Smarthome und mobiles Arbeiten könnte sich damit zeitlich erheblich verzögern. Auch das Thüringer Personal-



Foto: Gabler

Im Büro der SPD-Politikerin

vertretungsrecht wurde angesprochen. Das Thüringer Obergericht hatte mit Beschluss vom 10. Oktober 2022 eine Allzuständigkeit der Personalräte verneint. Die im politischen Bereich geäußerte Absicht, eine solche umfassende Zuständigkeit zu begründen, sei im Gesetz letztlich nicht umgesetzt worden, so das Gericht. Hier waren sich beide Seiten einig, dass es nur geringfügiger Änderungen für das im Landtag gewünschte und beschlossene Gesetz bedarf. Dazu sollten aber die Fraktionen gemeinsam an einem Strang ziehen.

Von beiden Seiten wurde das Gespräch als sachlich, informativ und konstruktiv bezeichnet. Es soll außerhalb der Haushaltsberatungen 2023 Fortsetzung finden. Die GdP wird über die Weiterführung der Gespräche berichten und dabei konstruktiv die Interessen der Beschäftigten vertreten. ■



INNENPOLITIK

GdP-Forderungen aufgegriffen

Eine Reihe von Forderungen der GdP Thüringen haben die Fraktionen von Rot-Rot-Grün im Thüringer Landtag aufgegriffen und als Entschließung zum Haushaltsgesetz 2023 in den Landtag eingebracht. Kurz vor Weihnachten 2022 hat der Thüringer Landtag den Landeshaushalt 2023 verabschiedet. Mit dem Antrag „Bürgernahe Polizei weiterentwickeln – Attraktivität und Ausbildungsqualität stärken“ wollen die regierungs-tragenden Fraktionen offensichtlich die Thüringer Polizei stärken. Durch Gespräche des GdP-Landesvorstandes mit den Landtagsfraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und SPD konnte ein Teil der gewerkschaftlichen Forderungen in die Entschließung einfließen. Zusätzlich wurde in einem Gespräch mit der CDU-Fraktion die Haltung der GdP zu der Entschließung erläutert.

Im Antrag wird die Landesregierung gebeten, die bisherigen Bemühungen, einen modernen polizeilichen Aus- und Fortbildungsstandort zu schaffen, zu verstetigen und auszubauen sowie die Attraktivität für den Polizeiberuf in Thüringen insgesamt weiter zu steigern. So sollen geeignete Nachwuchskräfte für die Behörden und Einrichtungen der Thüringer Polizei im Wettbewerb mit anderen Ländern und Behörden des Bundes gewonnen, gehalten und mit notwendigen Kenntnissen befähigt werden, ihren Dienst als bürgernahe Polizeivollzugsbeamte auszuführen.

Folgende Punkte wurden von den Parlamentariern gegenüber der Landesregierung in Auftrag gegeben:

1. Um eine Gesamtbedarfsplanung mit erforderlichen Modernisierungsschritten auf den Weg zu bringen, soll ein Masterplan „Thüringer Polizeibildungs-Campus 2030“ initiiert werden. Dabei sollen der weitere Raum- und Flächenbedarf, Sanierungsnotwendigkeiten, die Attraktivität

des Standortes, Begrünung und Möglichkeiten sozialer Begegnungsräume auf dem Gelände, die Bewältigung des Lehrangebotes, künftige Spezialisierungen in der Ausbildung, die Verstärkung des Forschungsbereichs und der Ausbau des digitalen Lernens in den Blick genommen werden. Ziel soll es sein, den Standort zu einem der modernsten in Deutschland und auf Hochschulniveau fortzuentwickeln.



Zudem sollen folgende, weitere Maßnahmen ergriffen werden:

- a. Für den weiteren Aufbau des Sozialkompetenzzentrums und zur personellen Stärkung des Bereichs Forschung werden den Bildungseinrichtungen der Thüringer Polizei zusätzliche Planstellen und Stellen zugewiesen.
- b. Die Stärkung der wissenschaftlichen Forschung durch Beschäftigung von wissenschaftlichen Hilfskräften, welche die Do-

zentinnen und Dozenten entlasten und unterstützen sollen.

- c. Die zügige Besetzung der noch offenen (Dozenten-)Stellen, um das Lehrpersonal zu entlasten sowie die Aus- und Fortbildung zu stärken. Im Rahmen dessen wird die Landesregierung gebeten, den Dozierenden ein Lehrdeputat und Zeit für eigene Forschungen zur Verfügung zu stellen.
2. Angesichts einer derzeit nachteiligen Ausgangslage soll die Auszahlung eines Anwärtersonderzuschlages in Höhe von 15 Prozent des Anwärtergrundbetrages für das Haushaltsjahr 2023 sowohl für den mittleren wie auch für den gehobenen Dienst erfolgen, um die qualitativ besten Bewerberinnen und Bewerber zu erreichen und für den Freistaat zu gewinnen. Zudem soll übergangsweise, solange Übernachtungsmöglichkeiten auf dem Gelände der Polizeibildungseinrichtungen nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen, zur Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit eine Übernahme der Mietkosten vorbereitet und veranlasst werden.
3. Um das absehbar altersbedingte Ausscheiden vieler erfahrener Thüringer Kriminalpolizistinnen und -polizisten aus dem aktiven Dienst in den Jahren 2023 bis 2030 zu kompensieren, soll die Landesregierung ein „Maßnahmenpaket Kripo 2030“ auf den Weg bringen.
 - a. Dabei sollen künftig systematisch geeignete Vorkenntnisse, Interessen und eine mögliche Verwendungsorientierung von Anwärterinnen und Anwärtern bei Ausbildungsbeginn sowie im letzten Ausbildungsjahr sowohl im mittleren als auch im gehobenen Dienst erhoben und für die weitere Laufbahn verwendet werden.
 - b. Die bisherige Werbekampagne der Thüringer Polizei soll künftig stärker unterschiedliche Facetten des Polizeiberufs beleuchten, um junge Menschen mit speziellen Fähigkeiten zu adressieren (z. B. herausragende IT- oder Biologiekenntnisse für spätere Forensik).



- c. Durch geeignete Maßnahmen, wie zum Beispiel der verstärkten Erstverwendung von Absolventinnen und Absolventen der Polizeibildungseinrichtungen, sollen die Kriminalpolizeiinspektionen personell gestärkt werden. In diesem Zusammenhang sollten auch die bisherigen Möglichkeiten eines Wechsels von der Schutz- zur Kriminalpolizei überprüft werden.
4. Die wissenschaftliche Evaluation der sogenannten Bodycam soll bereits vor der flächendeckenden Einführung im Jahr 2024 vorbereitet werden, sodass erste Untersuchungen schon im Jahr 2023 begonnen werden können, um den Zustand vor Einführung der sogenannten Bodycam zu erfassen. Hiernach kann im Rahmen der gesetzlich normierten (eigentlichen) Evaluation eine aussagekräftige, wissenschaftlich fundierte Studie ermöglicht werden, mit der die Wirkeffekte auch als Vorher-Nachher-Vergleich untersucht werden können.
5. Eine Studie soll auf den Weg gebracht werden, die die Arbeitszufriedenheit und Arbeitsfähigkeit in der Thüringer Polizei, gesundheitliche Belastung und arbeitsbedingte Gesundheitsbeschwer-

den, Vereinbarkeit von Freizeit und Beruf, die Aufstellung gesundheitsförderlicher und regenerativer Maßnahmen sowie moderne, flexible Arbeitszeiten und neue Arbeitsformen anhand der Bedürfnisse von Vollzugsbeamtinnen und -beamten sowie Tarifbeschäftigten in der Thüringer Polizei aktuell erhebt.

6. Zur Stärkung der bürgernahen Polizei sowie zur Umsetzung des Landtagsbeschlusses „Thüringer Polizei stärken – Fehlerkultur weiter befördern“ (Drucksache 7/2344) vom 17. Dezember 2020 soll die Polizeivertrauensstelle für die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger in einem Zwischenschritt personell verstärkt und eine Öffnung für Polizeivollzugsbeamte durch Änderung der Dienstanweisung „DAPoLVSt“ ermöglicht werden. Der Bereich der internen Ermittlungen soll zukünftig ebenso personell gestärkt werden. Durch weitere mobile Endgeräte soll die Anzeigenaufnahme verbessert und mit einer Implementierung der Funktion „Upload von Anhängen“ in der Onlinewache Thüringen die Qualität der Anzeigenerstellung erhöht werden.
7. Um Menschen vor Straftaten in Thüringen besser zu schützen, soll noch stärker

als bisher polizeiliche Prävention zum Tragen kommen und spezifisch vor neuen Betrugsformen sensibilisieren. Mehr als 80 Prozent der Straftaten weisen bereits heute eine digitale Komponente auf. Vor diesem Hintergrund halten wir es für dringend geboten, die Ermittlungsdienststellen der Thüringer Polizei und die Staatsanwaltschaften mit fachlicher IT-Expertise zu stärken und auch adäquat technisch auszustatten. Das Landeskriminalamt und die Kriminalpolizeiinspektionen sollen insbesondere für den Kampf gegen Kindesmissbrauch weiter gestärkt werden.

8. Der zuständige Ausschuss des Thüringer Landtages soll bis zum Ende des dritten Quartals 2023 über bisherige Umsetzungsschritte informiert werden.

Die Regierungskoalition konnte sich nicht dazu durchringen, die Verbesserung der Beförderungsmöglichkeiten für Beförderungen ins zweite Beförderungsamts aufzunehmen. Die CDU-Fraktion hat sich bei der Abstimmung über diese Entschließung enthalten. Dadurch ist die Entschließung vom Parlament mit Mehrheit angenommen worden. ■





GdP INTERN

Aufgaben im Tarifbereich beraten

In der Geschäftsstelle der GdP Thüringen traf sich am 15. Dezember 2022 die Tarifkommission der GdP Thüringen, um die Arbeit für das Jahr 2023 vorzubereiten. Ziel ist die Verbesserung der Lebensbedingungen der Tarifbeschäftigten. In Vorbereitung auf die Tarifverhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) im Herbst 2023 wurden die derzeitigen Tarifforderungen der Gewerkschaften an den Bund und die Kommunen im TVöD aus dem September 2022 besprochen. Der Verhandlungsauftritt mit den öffentlichen Arbeitgebern vom Bund und den Kommunen wird am 24. Januar 2023 starten. Er wird erste Anzeichen für die folgenden TdL-Verhandlungen liefern. Nach den Forderungen der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes sollen die Tabellenentgelte um 10,5 Prozent, mindestens jedoch um 500 Euro erhöht werden. Der Vertrag soll mit einer Laufzeit von zwölf Monaten verhandelt werden. Zudem wird für die Auszubildenden und Praktikanten eine Anhebung der Vergütung um 200 Euro monatlich gefordert, welche zudem ins unbefristete Arbeitsverhältnis übernommen werden sollen. Der Abschluss der Tarifverhandlungen im Bereich des Bundes und der Kommunen ist für Ende März 2023 vorgesehen. Wir werden von den Ergebnissen berichten, auch wenn keine direkte Wirkung für die Thüringer Justiz und Polizei daraus folgt.

Als derzeitiges Hauptproblem ist die finanzielle Belastung durch die gestiegenen Lebenshaltungskosten zu sehen. Vor allem Tarifbeschäftigte in den unteren Einkommensgruppen kommen in arge Nöte, da in diesem Jahr überdimensional die Energiekosten und die Kosten der täglichen Lebenshaltung steigen. Gerade die unteren Einkommensgruppen von E 2 bis E 6 sind enormen finanziellen Belastungen durch Inflation und steigende Preise ausgesetzt. Die Politik im Allgemeinen und die Landesregierung im Besonderen sind daher gefordert, eine Lösung analog der Erhöhung der amts angemessenen Alimentation für Beamte für ihre Tarifbeschäftigten zu suchen und umzusetzen. Zur regionalen Differenzierung, zur Deckung des Personalbedarfs, zur Bindung von qualifizierten Fachkräften oder zum Ausgleich erhöhter Lebenshaltungskosten ist Tarifbeschäftigten ein höheres Entgelt zu gewähren bzw. Abhilfe zu schaffen!

Im Rahmen des gemeinsamen Gedankenaustausches der Tarifkommission wurden zudem die Termine des Jahres 2023 für Fortbildungen besprochen. Fortbildung ist ein wichtiger Bestandteil im Tarifbereich, welche vom Freistaat Thüringen angeboten und von allen Tarifbeschäftigten genutzt werden sollte. Fortbildung sichert den persönlichen Arbeitsplatz und ist Voraussetzung für die berufliche Entwicklung. Nur eine höhere Bewertung des derzeitigen Arbeitsplatzes oder

die Ausübung einer höherwertigen Tätigkeit führt im Tarifbereich zu einem höheren Einkommen. Eine „Beförderung“ auf dem derzeitigen Arbeitsplatz kennt das Tarifrecht nicht.

Ein weiteres Thema war die Ausschreibungspraxis im Bereich der Thüringer Polizei. Hier gibt es derzeit noch Verbesserungsbedarf. So werden derzeit immer noch Stellen in der Entgeltgruppe E 3 ausgeschrieben, obwohl Tätigkeiten nach E 5 oder höher möglich wären. Zwar hat die Landespolizeidirektion einige Hausmeister nun nach E 5 hochgruppiert, jedoch gibt es noch eine Vielzahl an Tätigkeiten im Tarifbereich, welche anders bewertet werden müssen. Die GdP kämpft für eine bedarfsgerechte und gute Eingruppierung unserer Bediensteten. Das bleibt eine der vordringlichsten Aufgaben der Tarifkommission der GdP Thüringen insgesamt. Demnächst ist ein Termin im Thüringer Finanzministerium bei Finanzministerin Heike Taubert (SPD) geplant. Dabei soll über die derzeitige Praxis im Tarifbereich der Thüringer Polizei und die damit verbundenen Auswirkungen für die Beschäftigten informiert werden. Es gibt mögliche Lösungsansätze. Dazu bedarf es aber des politischen Willens zur Umsetzung und der klaren Aufgabenstellung an die nachgeordneten Bereiche. DP wird dazu weiter berichten.

Andrea Legner/Wolfgang Gäbler



Die Tarifkommission während der Sitzung



Fototermin mit der Landesvorsitzenden



SENIORENJOURNAL

Wieder in der Theaterscheune

Am 1. Dezember 2022 lud der Vorstand die Senioren der GdP-Kreisgruppe Suhl zu einer Weihnachtsfeier in die Bauerbacher Theaterscheune ein. Der Verein, der bereits die Feiern in den vergangenen Jahren managte, übernahm die Ausgestaltung und überraschte wieder mit erlesenen Kuchen und Torten. Da die Planung der Versorgung es erforderlich machte, die Anzahl der Teilnehmer zu kennen, um die Tische richtig zu gruppieren und die Menge der Speisen und Getränke zu kalkulieren, gab es einen Meldetermin. Zwei Jahre mussten wir die Weihnachtsfeier ausfallen lassen, und so rechneten wir mit reger Beteiligung, da es schon einmal fast 70 Personen nach Bauerbach gezogen hat. Diesmal verrechneten wir uns aber. Knapp die Hälfte fand sich in der Theaterscheune ein.

Gefreut hat uns, dass der amtierende Leiter der LPI Suhl, Polizeidirektor Jörn Durst, die Zeit fand, unsere Veranstaltung zu besuchen. Er besuchte uns nicht nur, sondern kam, nachdem er sich vorgestellt und etwas über die aktuelle Situation in der Polizei berichtet hatte, mit uns ins Gespräch.

Wir begrüßten ebenfalls Uwe Tischer, der lange Jahre als Kassierer der Kreisgruppe Suhl ein verlässlicher Ansprechpartner für uns als Seniorengruppe war. Bei Kaffee und Kuchen, Glühwein und Bier verging die Zeit sehr schnell, bis uns die Kindergartengruppe aus Henneberg mit einem kleinen Kulturprogramm erfreuen wollte. Es war ein tolles Programm, das sowohl uns als auch den Kindern sichtlich Spaß gemacht hat. Von „Ich ging mit meiner Laterne“ bis „In der Weihnachtsbäckerei“ wurde alles singend und spielend sehr schön vorgetragen. Die Kinder waren mit Begeisterung dabei, freuten sich über den Applaus und spielten ihre Rollen sehr diszipliniert.

Im Vorfeld hatten wir eine Spendenbox herstellen lassen, die wir herumreichten und im Anschluss an die Vorführung den Erzieherinnen des Kindergartens überreichten. Gleichzeitig erhielten die Kinder und ihre Erzieherinnen kleine Präsente. Es war ein sehr schöner Nachmittag und eine gefühlvolle Einstimmung auf die Weihnachtszeit.

Andreas Schauseil



Programm der Henneberger Kinder

Fotos (2): SG Suhl



Andreas Schauseil begrüßt Jörn Durst





INFO-DREI

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der GdP in ...

... Sachsen

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (PÖA) spielt für die Wahrnehmung gewerkschaftlicher Tätigkeit eine immer größere Rolle. So stellte man in Sachsen vor Jahren nach erfolgter Analyse fest, dass unsere Homepage, sporadisch verteilte Newsletter sowie eine monatliche Fachzeitschrift nicht mehr genügen. Auch öffentliche Auftritte in Presse, Funk und Fernsehen waren eher rar. Es zeigte sich, dass es eines zukunftsgerichteten Konzepts bedarf. 2016 wurde in dessen Folge ein Facebook-Kanal zur adressatengerechten Ansprache geschaltet. Im Zuge des Aufbaus einer strukturierten PÖA und der immer breiteren Altersspanne in der Polizei folgten 2019 zur Diversifizierung Instagram und Twitter. Im Jahr darauf gründete sich zudem ein Social-Media-Team, welches unter fachkundiger Anleitung geschult wurde, um dem wachsenden Anspruch gerecht zu werden. Dazu konnten wir professionelle Akteure aus den Reihen unserer Mitglieder gewinnen. 2022 mündete dies in eine Assistenz für den Verantwortlichen der PÖA. Ziel sollte es sein, all unsere Mitglieder bestmöglich über unsere Arbeit sowie aktuelle gewerkschaftliche und gesellschaftspolitische Themen zu informieren. Dank des erheblich anwachsenden Anteils eigenen Contents fand eine positive Entwicklung der gesamten PÖA statt. Insbesondere bei den jüngeren Kolleginnen und Kollegen konnten wir dadurch eine deutlich höhere Wahrnehmbarkeit registrieren, ohne dabei alle anderen Altersklassen aus den Augen zu verlieren.

Nunmehr erkundigten sich sogar Bewerber der Polizei Sachsen bereits vor Beginn ihrer Ausbildung über die GdP. Ende des Jahres 2022 fand zudem das erste „Vernetzungstreffen“ statt, um die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern zu stärken, voneinander zu partizipieren und dadurch für unsere Mitglieder Gewerkschaft erlebbar zu machen. So tragen wir dazu bei, dass wir groß und schlagkräftig bleiben, um für unsere Mitglieder stets das Beste herauszuholen.

Daniel Koch

... Sachsen-Anhalt

Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit obliegt dem Geschäftsführenden Landesbezirksvorstand (GLBV). Eine eigenständige Pressestelle wie in den Behörden und im Ministerium des Inneren und Sport gibt es im Landesbezirk (LB) der GdP nicht. Auch hier gilt das ehrenamtliche Tätigwerden. Gleichwohl ist der LB Mitglied in der Landespressekonferenz Sachsen-Anhalt e. V. Der Landesvorsitzende bzw. seine Stellvertreterinnen und Stellvertreter nehmen die unmittelbar nach außen gerichtete Pressearbeit wahr. Dabei geht es hauptsächlich um die Beantwortung von Anfragen aus den jeweiligen Medien, insbesondere im Bereich der Funk- und Printmedien sowie der Erstellung von Pressemeldungen. Bei Anfragen, die bundesweite Themen betreffen, wird im Bedarfsfall eine Abstimmung mit der Pressestelle des Bundesvorstandes erfolgen. Gleichwohl gibt es auch Themen, die in den einzelnen Bundesländern von unterschiedlichen Auffassungen geprägt sind.

Die aktuellen Themen spiegeln sich häufig auch in den sozialen Medien wider. Der LB der GdP präsentiert sich hier auf Instagram und Facebook. In den vergangenen Jahren konnte konstatiert werden, dass sich beide Social-Media-Kanäle wachsender Beliebtheit erfreuen und zwischenzeitlich eine große Reichweite aufweisen. Die Geschäftsstelle ist dabei ein wichtiges Bindemitglied, weil hier die relevanten Themen zusammenlaufen und die entsprechende gewerkschaftliche Öffentlichkeits- und Pressearbeit koordiniert wird. Ein Teil der Themen finden letztlich Eingang in der Mitgliederzeitung „Deutsche Polizei“ (DP), welche zusätzlich von einem ehrenamtlichen Landesredakteur betreut wird. Die DP beinhaltet einen Hauptteil und einen landeseigenen Teil, der ausschließlich vom Land redaktionell bearbeitet und eingefügt wird. Im Fazit lässt sich auch hier feststellen, dass mit der noch zusätzlichen Nutzung von Freigabemails eine sehr hohe Reichweite der Mitglieder erfolgt.

Uwe Bachmann

... Thüringen

Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der GdP Thüringen besteht überwiegend aus der Redaktion Deutsche Polizei (DP) und der Pflege von Auftritten in den Online- und sozialen Medien. Im internen Bereich kommen die Erstellung und die Verbreitung von News sowie das Verfassen und die Verbreitung von Pressemitteilungen sowie die Beantwortung von Presseanfragen hinzu. Die Verantwortung für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit liegt bei der Landesvorsitzenden, und der Geschäftsstelle kommt dabei eine zentrale Servicefunktion zu.

Seit 1952 erhalten alle Mitglieder die monatliche Mitgliederzeitung DEUTSCHE POLIZEI in Papierform. Seit März 2000 ist sie auf der Homepage der GdP elektronisch verfügbar. Seit 1992 hat die GdP Thüringen einen eigenen Landesteil. Mit Beiträgen zur gesellschaftlichen Entwicklung im Land und zur aktuellen Gewerkschaftspolitik wollen wir insbesondere Themen unserer Mitglieder aus den Kreis- und Personengruppen sowie den Fachausschüssen darstellen. Hier wünschen wir uns noch mehr Engagement und Lust beim Schreiben durch unsere Mitglieder. Der Landesteil wird von Beginn an von Edgar Große und Monika Pape redaktionell betreut. Seit September 2022 gibt es die Zeitung als App fürs Handy, Tablet oder den PC.

Der Internetauftritt der Homepage der GdP Thüringen bereitet Nachrichten aus dem Landesvorstand und den Kreisgruppen in Form von News und Pressemeldungen auf. Die GdP Thüringen ist auch in den sozialen Medien (Facebook, Instagram, YouTube sowie Twitter) vertreten. In Zeiten der Digitalisierung dienen vor allem Social-Media-Kanäle als geeignete Plattformen, um Zielgruppen leichter zu erreichen. Hier geht es unter anderem um die Erstellung von Beiträgen, Videos und Fotos. Je mehr wir die Präsenz in den sozialen Medien ausbauen, desto leichter können wir die Reichweite und Wirkungskraft der Netzwerke für unsere Projekte nutzen. Schaut gern mal vorbei!!!

Monika Pape